



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Gegenseitige Vorwürfe dominieren den Untersuchungsausschuß zum „11. März“*

Steckte hinter den Madrider Terroranschlägen eine „infame innere Verschwörung“? Mit dieser Frage befaßte sich in der vergangenen Woche der parlamentarische Untersuchungsausschuß, der Ursachen, Handhabung und Folgen der Anschläge vom 11. März 2004 ermittelt.

Der Obmann der spanischen Volkspartei (PP) im Ausschuß, Jaime Ignacio del Burgo, deutete an, dass hinter den Madrider Terroranschlägen „eine infame innere Verschwörung stecken könnte, die auf die Störung der Normalität der Demokratie abzielte.“ Die Erklärung del Burgos bezog sich auf eine mögliche Kooperation der baskischen Terrororganisation ETA mit den Islamisten, welche der PP-Obmann nicht ausgeschlossen wissen wollte.

Als erstes Regierungsmitglied wurde der ehemalige, umstrittene Innenminister Angel Acebes vor dem Untersuchungsausschuß geladen. In der zehnstündigen Befragung zu den Ereignissen in den Tagen zwi-

schen dem 11. und 14. März behauptete Acebes, die Regierung habe mit „maximaler Transparenz“ die Bevölkerung zum Stand der Ermittlungen informiert. Er bleibe bei seiner Auffassung, die ETA sei an den Anschlägen in Madrid mit beteiligt gewesen. Acebes beschuldigte auch die Sozialistische Partei PSOE, sie habe Falschinformationen verbreitet und bewußt Gerüchte gestreut, um die Volkspartei vor der Wahl zu diskreditieren.

Wenig Aufklärung brachte die Anhörung des Fraktionsvorsitzenden des PSOE, Alfredo Pérez Rubalcaba, den der PP vor den Ausschuss zitiert hatte in der Hoffnung, ihm eine Beteiligung an der Organisation der illegalen Demonstrationen vor dem Parteisitz des PP am 13. März nachweisen zu können. Die damaligen Aktionen hatten zu einer unerwartet hohen Mobilisierung der Nichtwähler beigetragen und damit die Wahlniederlage der Regierung Aznar herbeigeführt.

Auch wenn der Untersuchungsausschuß bisher keine spektakulären Ergebnisse hervorgebracht hat, so wird dieser von der spanischen Öffentlichkeit mit großem Interesse

verfolgt. Einer von El Mundo veröffentlichten Umfrage zufolge unterstützen 77 Prozent der Spanier die Einrichtung der Kommission. Allerdings glauben 60 Prozent, dass die Kommission keinen oder geringen Nutzen hat. 62 Prozent denken, dass man die Wahrheit über den Hintergrund der Anschläge nie herausfinden wird. 36 Prozent der Befragten halten die Beteiligung weiterer Terrorgruppen an den Anschlägen für möglich.

>> Volksabstimmung in Spanien zur EU-Verfassung

Mitte Februar 2005 soll die spanische Bevölkerung in einem Referendum über die Annahme der Europäischen Verfassung abstimmen. Die Zapatero-Regierung arbeitet gegenwärtig an einem Gesetzesentwurf, der im Eilverfahren im Herbst verabschiedet werden soll. Um eine hohe Wahlenthaltung wie bei den Europawahlen zu vermeiden, soll die Frage sehr einfach gestellt werden: „Unterstützen Sie den Vertrag, mit dem eine Verfassung für die Europäische Union eingerichtet wird?“ Während die beiden großen Parteien, PSOE und PP, die Annahme der Verfassung unterstützen, haben einige Regionalparteien ihre Ablehnung bereits angekündigt. Gelingt das Referendum, könnte Spanien damit, wie von Zapatero beabsichtigt, zum ersten Land nach Deutschland werden, das die Verfassung ratifiziert.

In einem Interview mit der Tageszeitung El País beschrieb Josep Borrell, neuer Präsident des Europäischen Parlaments, seine künftigen Prioritäten. Hauptanliegen sei die zügige Ratifizierung des Verfassungsvertrags. Borrell betonte, angesichts der anstehenden Referenden in einigen EU-Mitgliedstaaten eine aktive Rolle in der Kampagne für die Verfassung übernehmen zu wollen. Überhaupt wolle er sich für die Stärkung der europäischen Identität einsetzen. Eine Renationalisierung von EU-Politiken lehne er ab.



>> Mariano Rajoy sucht eigenes Profil



In Vorbereitung auf den Parteitag in Oktober kündigte der designierte Parteivorsitzende der Volkspartei (PP), Mariano Rajoy, eine „Erneuerung und Verjüngung“ der Parteiführung an. Er wolle eine Mischung aus neuen Ideen und erfolgreichen Erfahrungen. In der neuen Parteiführung würden die Aufgaben klar verteilt und Doppelfunktionen vermieden werden. Ziel sei es, das Vertrauen der Spanier mit der neuen Truppe und dem bewährten Programm zurückzugewinnen.

Auch inhaltlich fordert Rajoy eine Weiterentwicklung seiner Partei. Mit seinem Aufruf, man dürfe sich programmatisch nicht nur an der eigenen Wählerschaft orientieren, sondern müsse verstärkt die gesamte spanische Gesellschaft ansprechen, beabsichtigt der Generalsekretär seine Partei wieder zurück zur Mitte zu führen. Er wolle, so Rajoy, den Parteitag dazu nutzen, den PP in eine offene und reformorientierte Partei der breiten politischen Mitte zu verwandeln.

>> Madrid spricht wieder mit dem Baskenland

Erstmals seit drei Jahren traf sich ein spanischer Regierungschef mit dem baskischen Regionalpräsidenten, Juan José Ibarretxe, um über die Zukunft des Baskenlandes zu diskutieren. Die politische Eiszeit mit der Zentralregierung hatte ihren Anfang mit dem Ibarretxe-Plan genommen, der eine weitgehende Unabhängigkeit des Baskenlandes von Spanien vorsieht. Zapatero, der den Plan ablehnt, hat seine Dialogbereitschaft bekundet. Das Treffen wird als Rückkehr zur „demokratischen Normalität“ gewertet.

>> Santana Lopes gewinnt Vertrauensabstimmung in Portugal

Mit einer knappen Mehrheit von 116 (von 230) Stimmen billigte das Parlament am 28. Juli in Lissabon

nach zweitägiger Debatte das Regierungsprogramm des neuen Ministerpräsidenten Pedro Santana Lopes (PSD). Damit hat die Regierung eine wesentliche Legitimitätshürde genommen, um die Amtsgeschäfte rechtskräftig aufzunehmen. Nach heftiger Kritik, auch innerhalb der eigenen Partei, kam das Votum im Parlament für die umstrittene PSD/PP-Regierungskoalition einer Vertrauensabstimmung gleich. In seiner Rede versprach Santana Lopes, den rigiden Sparkurs seines nach Brüssel in die EU-Kommission berufenen Vorgängers José Manuel Durão Barroso fortzuführen. Santana Lopes rief die Oppositionsparteien zum Konsens im Interesse Portugals auf. Auch der neue Wirtschaftsminister, Alvaro Barreto, kündigte eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes und die Fortsetzung des Privatisierungsprogramms.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Aussenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Stefan Reith
Design und Umsetzung:
Normann Kreuter
Postanschrift:
Paseo de la Castellana 167
28046 Madrid, España
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
www.kas.de/espana